

"Ich glaube an den Generationenvertrag"

Autor(en): **Seifert, Kurt / Fehr, Jacqueline / Bortoluzzi, Toni**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Visit : Magazin der Pro Senectute Kanton Zürich**

Band (Jahr): - **(2012)**

Heft 3

PDF erstellt am: **10.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-818852>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

GENERATIONENVERTRAG Wie steht es um die Solidarität zwischen Jungen und Alten? Sind die Lasten ungleich verteilt? Diese Fragen stehen im Zentrum eines Gesprächs mit zwei profilierten Personen aus dem Kanton Zürich, die sich auf nationaler Ebene für sozialpolitische Themen engagieren: SP-Nationalrätin Jacqueline Fehr und SVP-Nationalrat Toni Bortoluzzi.

«Ich glaube an den Generationenvertrag»

Moderation // **KURT SEIFERT** Fotos // **DANIEL RIHS**

KURT SEIFERT: Der Generationenvertrag wird als Kitt bezeichnet, der die Gesellschaft zusammenhält. Haben Sie den Eindruck, dass dieser Kitt bröckelt?

TONI BORTOLUZZI: Dieser Eindruck trägt nicht – nach meinem Empfinden war das Verhältnis zwischen Jung und Alt schon besser. Die Herausforderung an die jüngere Generation steigt, und der Anspruch an die Solidarität wird grösser. Das schafft eine gewisse Unzufriedenheit, wobei ich sie nicht als alarmierend bezeichnen würde. In der Tendenz wird die jüngere Generation zugunsten der älteren mehr zur Kasse gebeten. Das hinterlässt Spuren.

JACQUELINE FEHR: Im persönlichen Umgang sind die Beziehungen der Generationen untereinander gut. Viele junge Menschen haben ein sehr gutes Verhältnis zu ihren Grosseletern. Studien weisen nach, dass es noch nie so viele intergenerationelle Kontakte gab wie heute. Auch die Unterstützungsleistungen – zum Beispiel von Grosseletern, die Kinder betreuen – sind ausserordentlich gross. Die ältere Generation leistet da einen sehr wesentlichen Beitrag. Doch die ganz Jungen stehen vor einer relativ unsicheren Zukunft. Und die mittlere Generation, die selber Kinder hat, befindet sich in einer Sandwich-Position und muss starke Lasten tragen: Kinder betreuen, den eigenen Eltern schauen, das Erwerbsleben bestreiten...

«Ich gehöre der Generation an, die vom Wachstum profitieren konnte.»

TONI BORTOLUZZI



Haben Sie den Eindruck, dass sich gesellschaftliche Konflikte zwischen Jung und Alt verschärfen werden oder dass die Gegensätze zwischen Arm und Reich zunehmen könnten?

T. B.: Der Unterschied zwischen Arm und Reich hat sich über die Jahrzehnte nicht wesentlich verändert. Ich selber gehöre der Generation an, die seit Mitte der Fünfzigerjahre vom Wachstum und dem damit verbundenen Wohlstand profitieren konnte. Die junge Generation kann nicht mehr mit der gleichen Entwicklung rechnen. Es wird aufgrund der demografischen Entwicklung eine grosse gesellschaftliche Herausforderung sein und birgt Konfliktpotenzial, dass eine im Verhältnis kleiner werdende Summe von Erwerbstätigen für eine grösser werdende Anzahl alter Menschen aufkommen muss.

J. F.: Unsere Gesellschaft ist sehr vielfältig und fragmentiert. Das schafft neue Spannungen. Eine

der wichtigsten Fragen der Zukunft wird die des Lastenausgleichs zwischen Menschen mit Kindern und Kinderlosen sein. Dieser potenzielle Konflikt ist bedeutender als der über die Generationen neu hinweg, weil er mehrfach ist. Die finanzielle Belastung von Familien ist höher, der Spielraum enger. Die Möglichkeiten der Erwerbstätigkeit sind eingeschränkt. Es gilt, den Familien Sorge zu tragen. Und das Zweite: Die Rolle der dritten Generation wird entscheidend sein. Diese könnte die Früchte des Nachkriegswachstums ernten und muss gesellschaftlich beteiligt bleiben. Ganz viele leisten bereits einen grossen Beitrag – privat, mit Kinderbetreuung oder auch in institutionellen Zusammenhängen wie mit Pro Senectute. Diese Formen der gesellschaftlichen Beteiligung müssen ausgebaut werden.

Was heisst das konkret? Die verbindliche Integration der dritten Generation in Freiwilligenengagements, von denen man auch gewisse Rechte ableiten kann und die Anerkennung verdienen – etwa durch Zertifikate, verbunden mit Gutscheinen für vergünstigte kulturelle Anlässe... Eine Art Pflichtdienst für die ältere Generation?

T. B.: Daraus eine Verpflichtung abzuleiten – ich glaube nicht, dass das akzeptiert würde. Ich als 65-Jähriger würde mich dagegen wehren. Dass die dritte Generation der 65- bis 75-Jährigen auf freiwilliger Basis besser einbezogen werden kann in gesellschaftliche Aufgaben – dieser Prozess ist in vollem Gang. In den Gemeinden sieht man, dass Rentnerinnen und Rentner bereit sind, gesellschaftliche Aufgaben zu übernehmen. Was aber zum Beispiel noch gefördert werden könnte, ist die Übernahme von Aufgaben im Vormundchaftsbereich...

J. F.: Ja, genau.

T. B.: ...mit Leuten, die Lebenserfahrung haben und Behinderten zur Seite stehen könnten. Damit würden der Staat und seine Sozialstellen etwas entlastet.

Nochmals zur Lastenverteilung: Wie kann das Bewusstsein gefördert werden, dass die Generationen in den Sozialwerken füreinander einstehen müssen?

J. F.: Die AHV macht das automatisch. Die Solidarität zwischen den Generationen ist der Wesensgrund, die Daseinsberechtigung der AHV. Dass unsere Vorfahren die Weisheit hatten, eine AHV aufzubauen und dass es die zweite Säule zwar gibt, aber sie ergänzend und nicht prioritär ist – das ist ein sozialpolitischer Glücksfall.

«Die dritte Generation muss gesellschaftlich beteiligt bleiben.»

JACQUELINE FEHR

>>

«Es muss darauf geachtet werden, dass die
Vorsorge vermehrt in Eigenverantwortung ge-
schieht und nicht durch Umlagerung.»

TONI BORTOLUZZI

T.B.: Ich glaube an den Generationenvertrag. Es steckt in jedem Menschen drin, dass der Jüngere für den Älteren sorgt. Das war schon immer Teil der Gesellschaft, und das wird Bestand haben. Aber die Frage, wie weit diese Solidarität gehen soll und wo die Eigenverantwortung als Vorsorgeelement gefragt ist, wird immer wieder Anlass für Diskussionen geben.

Der Sozialstaat konnte sich aufgrund eines lang anhaltenden Wirtschaftswachstums entwickeln und führte zu Wohlstandsmehrung. Wie kann sozialer Ausgleich geschaffen oder gehalten werden, wenn dieses Wachstum ausbleibt?

T.B.: Man kann nicht davon ausgehen, dass sich dieses Wachstum unbesehen weiterentwickeln wird. Zurzeit generieren wir es mit Zuwanderung. Das ist ein höchst problematisches Mittel, die wachsenden Bedürfnisse in den Sozialversicherungen zu decken. Es muss darauf geachtet werden, dass die Vorsorge vermehrt in Eigenverantwortung geschieht und nicht durch Umlagerung. Das bezieht sich nicht nur auf die Rentenleistungen, sondern auch auf das Gesundheitswesen. Die Lasten des zunehmenden Pflegebedarfs der älteren Bevölkerung werden auf dem Rücken der jüngeren ausgetragen. Die grosse Herausforderung ist, mehr Nachhaltigkeit im Sinne von eigenverantwortlicher Vorsorge herzustellen.

J.F.: Die grosse Herausforderung ist die Integration von Menschen in den Arbeitsmarkt. Die modernen Sozialstaaten beruhen auf dem Leistungskonzept. Bedingung dafür ist, dass möglichst viele Menschen im Arbeitsmarkt tätig sein können. In der

heutigen wirtschaftlichen Situation stellt sich diese Aufgabe umso mehr, und es braucht von allen Akteuren Bemühungen: von den Arbeitgebern, den Betroffenen, den IV-Stellen, den Arbeitsämtern. Es muss klar sein, dass die Integration in den Arbeitsmarkt oberste Priorität hat. Ausser man wechselt auf ein ganz anderes Gesellschaftsmodell, mit Grundeinkommen und so. Da bin ich allerdings sehr skeptisch. Der zweite Punkt ist die Prävention, die Verhinderung von Ausgrenzung, von Krankheit und Unfall. Dabei muss man heute auch die psychischen Erkrankungen ins Auge fassen. Stress und Mehrfachbelastungen bewirken, dass manche Menschen nicht mehr voll leistungsfähig sind.

Wie sollen im Bereich der Kranken- und Pflegeversicherung die Lasten verteilt werden? Diskutiert werden etwa eine Einheitskasse oder die Abschaffung des Krankenkassenobligatoriums.

T.B.: Man sollte die Hoffnung auf die Aufhebung des Obligatoriums nicht allzu hoch setzen, weil in der Regel die Menschen ein Sicherheitselement, das sie einmal besitzen, nicht wieder hergeben wollen. Aber es geht auch bei der Krankenversicherung darum, die Solidarität nicht zu sehr zu strapazieren und die Eigenverantwortung zu stärken. Also keine Selbstbedienungsmentalität auf Kosten der Jungen! Man muss sich stärker auf die soziale Notwendigkeit konzentrieren. Der Hustensirup braucht nicht die gesellschaftliche Solidarität, aber der Schwerkranke braucht sie. Das Gesundheitswesen leidet vor allem unter dem Missbrauch, dass man jedes Unwohlsein dieser Solidarität überlässt.

J.F.: Das Gesundheitswesen ist ein sehr prosperierender Markt, da gibt es aggressive und finanzkräftige Lobbys. Im Gesundheitsmarkt werden sechzig Milliarden Franken umgesetzt, und alle, ausser den Versicherten, haben ein Interesse daran, dass es noch mehr wird. Die Versicherungen, die Pharmaindustrie, die Ärzte...



T. B.: Niemand hat Interesse am Sparen.

J. F.: ...und insofern ist es nicht der einzelne Patient, der dieses System ausnutzt. Alle Ampeln stehen auf Mengenwachstum. Wenn ein erwachsener Mensch über seine gesamte Lebensspanne Prämien bezahlt, ergibt das eine Gesamtsumme von etwa 300 000 Franken. Diesen Betrag hat man jedoch rasch verbraucht, wenn man wirklich krank wird. Wenn ich meine Prämien bezahle, denke ich nicht jedes Mal daran. Wenn ich aber schwer krank werde, dann bin ich froh, dass andere auch mitbezahlt haben, weil ich alleine die Kosten nicht hätte tragen können. In der Grundkonstruktion ist diese Versicherung also richtig. Wir alle beziehen dafür Leistungen des Gesundheitswesens in einer Qualität, wie sie nirgends auf der Welt zu diesem Preis angeboten werden.

T. B.: Es fehlt die wirtschaftliche Verantwortung im Gesundheitswesen bei allen Akteuren, das ist so. Hier ist Korrekturbedarf vorhanden. Aber ob man viel ändern kann? Zurzeit scheint es nicht der Fall zu sein.

Wie müsste die vieldiskutierte Pflegeversicherung organisiert werden? Wir haben die Ergänzungsleistungen, die zu einem grossen Teil für die stationäre Pflege aufgewendet werden.

T. B.: Erst kürzlich haben wir eine neue Pflegefinanzierung verabschiedet. Sie war über die Parteigrenzen hinweg völlig unbestritten. Nun müssen wir diese Regelung erst einmal in der Praxis wirken lassen, um zu beurteilen, ob es Korrekturbedarf gibt. Ich bin der Meinung, wir haben sozialpolitisch eine gute Lösung getroffen.

Sie sehen also keine Notwendigkeit einer Pflegeversicherung?

T. B.: Ich habe etwas Mühe damit, zusätzliche Sozialversicherungen einzuführen. Wenn sich herausstellt, dass sich unsere Lösung nur teilweise bewährt,

«Die grosse Herausforderung ist die Integration von Menschen in den Arbeitsmarkt.»

JACQUELINE FEHR

dann würde ich eher versuchen, auf der Basis der bestehenden Versicherungen etwas auszubauen oder zusätzlich für die Pflege vorzusehen. Aber sicher geht es nicht darum, einen völlig neuen Versicherungszweig aufzubauen, der das sonst schon komplexe System zusätzlich verkomplizieren würde.

J. F.: Für mich ist das eine Frage der Umsetzung. Da kann ich mir beide Varianten vorstellen. Ich habe ein Postulat lanciert, das eine Strategie für die Langzeitpflege verlangt, und zwar für drei Bereiche. Erstens für den Bereich der personellen Ressourcen: Wer pflegt uns? Wie kommen wir zu dem entsprechenden Pflegepersonal? Zweitens für den Bereich Infrastruktur und Wohnformen: Sind die Gemeinden in der Lage, diese Aufgaben zu lösen? Und drittens für den Bereich der Finanzierung: Die Pflegefinanzierung ist heute in dieses Kopfprämiensystem der Krankenversicherung eingebaut. Und es ist tatsächlich so, dass dieses System für die mittelständischen Familien zu einer grossen Last wird. Zudem ist für die betroffenen Alten der Bereich Hotellerie nicht gelöst. Diese Kosten lassen das kleine Vermögen der Menschen dahinschmelzen wie den Schnee an der Sonne. Sie kommen als anständige Leute, die ein Leben lang gearbeitet haben, ins Pflegeheim, und ein paar Monate später sind sie Ergänzungsleistungsbezüger und fühlen sich dabei wie Sozialhilfeempfänger. Dieser Thematik müssen wir uns politisch stellen.



//ZU DEN PERSONEN

JACQUELINE FEHR, *1963, ist seit 1998 Nationalrätin SP für den Kanton Zürich. Seit 2003 ist sie im Nationalrat Mitglied der parlamentarischen Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit (SGK). Sie ist Vizepräsidentin der SP Schweiz.

TONI BORTOLUZZI, *1947, wurde 1991 für die SVP in den Nationalrat gewählt. Er ist seit 1991 bis heute Mitglied der parlamentarischen Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit (SGK).

KURT SEIFERT ist Leiter Forschung und Grundlagenarbeit bei Pro Senectute Schweiz im Bereich sozialpolitische Grundlagenarbeit.